

## Unter neuen Vorzeichen Transformationsprozesse und Kooperationsmodelle in den deutsch- französischen Energiebeziehungen

*Franca Diechtl und Severin Fischer*

**Zusammenfassung** Die Zusammenarbeit in Energiefragen gehört seit mehreren Jahren zu den Prioritäten der deutsch-französischen Konsultationen. Nicht nur die räumliche Nähe der beiden größten nationalen Strommärkte Europas legt eine engere politische Abstimmung nahe, sondern auch deren zunehmende (energie-) wirtschaftliche Verflechtung und Integration. Hinzu kommt die industriepolitische Bedeutung der Energiepolitik für die Regierungen auf beiden Seiten des Rheins. Zwar unterschied sich die politische Herangehensweise an den Energiesektor in der Vergangenheit und tut dies bisweilen auch heute noch. Doch haben die Relevanz des Themas und die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation darunter nicht gelitten. Neu ist, dass beide Staaten seit geraumer Zeit energiepolitische Transformationspfade eingeschlagen haben, die unter den Schlagwörtern „Energiewende“ und „transition énergétique“ vergleichbare Zielsetzungen beinhalten. Gründe ließen sich demnach ausreichend finden, um trotz aller Unterschiede eine engere energiepolitische Kooperation des zunehmend ins Stottern geratenen deutsch-französischen Integrationsmotors in Europa anzustreben.



# Inhalt

- 1 Unter neuen Vorzeichen  
**Transformationsprozesse und Kooperationsmodelle  
in den deutsch-französischen Energiebeziehungen**  
*Franca Diechtl und Severin Fischer*
  
- 3 **Gemeinsame Ziele auf unterschiedlichen Wegen**
  
- 7 **Deutsch-französische Energiekooperation: Auf der Suche nach  
gemeinsamen Projekten**
  
- 8 **Institutionalisierung der bilateralen Energiezusammenarbeit**
  
- 9 **Deutsch-französische Energiebeziehungen im Zeichen von  
Energiewende und „transition énergétique“**
  
- 10 **Fazit: Themen und Projekte für die deutsch-französischen  
Energiebeziehungen**
  
- 12 Anmerkungen



# Unter neuen Vorzeichen Transformationsprozesse und Koopera- tionsmodelle in den deutsch-französi- schen Energiebeziehungen

*Franca Diechtl und Severin Fischer*

Obwohl die Ausgangslage der energiepolitischen Strategien in Deutschland und Frankreich eine engere Abstimmung nahelegt, erscheinen die bislang vereinbarten und implementierten Maßnahmen allenfalls überschaubar. Institutionell konnte zwar die Einrichtung eines gemeinsamen Büros für erneuerbare Energien und die strategische Kooperation zwischen der französischen Umwelt- und Energiemanagementagentur (ADEME) und der Deutschen Energie-Agentur (dena) vereinbart werden. Mit Blick auf die Implementierung konkreter Kooperationschritte herrscht bis heute jedoch Nachholbedarf. Weder bei der Förderung erneuerbarer Energien noch bei der Debatte über Versorgungssicherheit im Stromsektor sind die deutsch-französischen Partner bislang über den Schritt gegenseitiger Informationen hinausgegangen.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine tiefere Analyse der beiden Transformationspfade, ihrer Begründungsmotive und ihrer Ausgestaltung geboten, um Grenzen und Potenziale zukünftiger Kooperationsprojekte evaluieren zu können.

## **Gemeinsame Ziele auf unterschiedlichen Wegen**

Eine vergleichende Betrachtung der beiden energiepolitischen Transformationsstrategien in Deutschland und Frankreich, der Energiewende und der „transition énergétique“, liefert eine erstaunliche Anzahl an kongruenten und bisweilen deckungsgleichen Zielsetzungen. Die deutschen Beschlüsse von 2011 formulieren eine umfangreiche Matrix an kurz-, mittel- und langfristigen Wegmarken für die Minderung von Treibhausgasemissionen, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Energieeffizienz und eine Reihe weiterer Themen. Ähnliche Vorgaben finden sich auch im Entwurf des „Loi transition énergétique pour la croissance verte“ (dt. Gesetz für die Energiewende und grünes Wachstum), den Umwelt- und Energieministerin Ségolène Royal im Juli 2014 präsentierte. Die Nationalver-

sammlung nahm das Gesetz in erster Lesung an.<sup>1</sup> Selbst mit Blick auf die politisch brisante Reduzierung des Anteils der nuklearen Stromerzeugung haben sich beide Regierungen einem ähnlich anspruchsvollen Transformationspfad verpflichtet, der in Frankreich jedoch noch einer finalen parlamentarischen Zustimmung bedarf. Die vergleichbare Zielausrichtung der beiden energiepolitischen Programme sollte jedoch nicht zur Fehlannahme verleiten, dass sich die ihnen zugrundeliegenden politischen Entwicklungen, die Motivlagen politischer Akteure und die öffentliche Wahrnehmung energiepolitischer Fragen ebenfalls entsprechen.

Die deutsche Energiewende kann rückblickend nur erklärt werden, wenn sie als Ergebnis eines über Jahrzehnte andauernden Prozesses der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit energiepolitischen Fragen verstanden wird. Bis heute weist diese Beschäftigung mit Energiepolitik eine tiefe Verankerung in gesellschaftlichen Gruppen und Parteien auf.<sup>2</sup> Der hohe Professionalisierungsgrad der deutschen Umweltbewegungen, der Fokus auf die Rolle der Atomkraft als zentralem Diskussionsgegenstand und die Verwissenschaftlichung der deutschen Auseinandersetzung sind zentrale Merkmale dieses Prozesses. Bereits im Vorfeld der Reaktorkatastrophe von Fukushima waren politische Beschlüsse über eine ökologische Transformation des Energiesystems gefällt worden, die durch die Ereignisse vom März 2011 lediglich eine noch breitere öffentliche Bestätigung fanden. Der vergleichsweise niedrige Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung in Deutschland und der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien erlaubten zudem frühzeitig einen „Substitutionsdiskurs“, der einen kompletten Ersatz des nuklearen Kraftwerksparks energiewirtschaftlich implementierbar erscheinen ließ. Im Gegensatz zur historischen Einbindung gesellschaftlicher Protestbewegungen in das politische System Deutschlands blieb die Anti-Atomkraftbewegung in Frankreich zahlenmäßig stets vergleichsweise

klein und hatte nur begrenzten Zugang zum politischen System, zu Ressourcen und damit auch zu einer breiteren Öffentlichkeit. Wahl- und Parteiensystem der fünften Republik verhinderten den Marsch durch die Institutionen der ohnehin deutlich schwächeren Umweltbewegungen. Auch die Betonung der Nukleartechnik als patriotischem Symbol für militärische und industrielle Stärke sowie der politische Anspruch nach energiepolitischer Unabhängigkeit Frankreichs festigten den parteiübergreifenden Konsens, an dieser Technologie auch in Zukunft festhalten zu wollen.

Die öffentliche Debatte über die späteren „Grenelle de l’environnement“-Umweltgesetze unter Präsident Nicolas Sarkozy mit Beginn im Jahr 2007 stand stellvertretend auch für eine veränderte öffentliche Wahrnehmung der Themen Klima- und Umweltschutz.<sup>3</sup> Während

in Deutschland vor allem die Anti-Atombewegung und eine wachsende Erneuerbare-Energien-Lobby diskursprägend in Erscheinung traten, entwickelte sich die französische Debatte breiter und nahm Themen wie Nachhaltigkeit und Suffizienz auf. Neben einem wachsenden Interesse an umweltpolitisch motivierten Fragestellungen muss sich die französische Energiepolitik seit mehreren Jahren auch mit systembedingten Herausforderungen auseinandersetzen. Dazu gehören: Das Altern der überwiegend in den 1970er- und 1980er-Jahren erbauten Flotte von Atomreaktoren, die Dominanz eines einzelnen Reaktortyps im Kraftwerkspark, der ein hohes systemisches Risiko etwa bei Auftreten eines Konstruktions- oder Materialfehlers in einer Vielzahl baugleicher Anlagen birgt, und schließlich auch die wachsende Stromnachfrage und die Thermosensitivität des franzö-

**Tabelle 1: Zusammenstellung der strategischen Zielsetzungen aus der deutschen Energiewende von Juni 2011 (bzw. dem Energiekonzept 2010) und dem Gesetzentwurf zur „transition énergétique“ von Juli 2014**

	Zieljahr	Deutschland	Frankreich
<b>Minderung der Treibhausgasemissionen (gegenüber 1990)</b>	2020	-40%	-20%
	2030	-55%	-40%
	2050	-80 bis -95%	-75%
<b>Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch</b>	2020	18%	23%
	2030	30%	32%
	2050	mind. 60%	-
<b>Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch</b>	2020	35%	-
	2030	50%	-
	2050	mind. 80%	-
<b>Reduzierung des Anteils fossiler Energieträger</b>	2030	-	-30%
<b>Energieeinsparung</b>	2020	-20%	-20%
	2050	-50%	-50%
<b>Reduzierung Anteil Atomenergie gegenüber 2010<sup>4</sup></b>	2022 bzw. 2025	-22% (ca. -162 TWh)	-28% (ca. -154 TWh)
<b>Elektromobilität</b>		2020: 1 Mio. Elektrofahrzeuge (oder Hybridfahrzeuge)	2030: 7 Mio. Ladestationen

sischen Stromsystems, das gerade in Wintermonaten an die Grenzen seiner Belastbarkeit stößt.<sup>5</sup>

Die Tatsache, dass Präsident François Hollande im Jahr 2012 die Ankündigung einer energiepolitischen Reform in sein Wahlprogramm aufnahm, resultierte demnach nicht nur aus dem Werben um eine ökologisch-orientierte Wählerschaft und eine Einbindung der grünen Partei in die Regierung oder gar aus der Reaktorkatastrophe in Fukushima, sondern reflektierte zu großen Teilen auch einen systeminhärenten Reformbedarf. Mit dem Beginn des „Débat sur la transition énergétique“ (dt. Debatte über die Energiewende) folgte die frisch gewählte Regierung unter Präsident Hollande einem integrativen Ansatz, der zahlreiche Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und den Regionen des Landes zusammenbrachte und der bereits im Rahmen der Grennelle-Prozesse seines Vorgängers erprobt worden war.<sup>6</sup> Damit ging jedoch auch ein Bruch mit der technokratisch-zentralistischen Tradition der Steuerung französischer Energiepolitik einher, was insbesondere innerhalb der beteiligten Ministerien nicht auf uneingeschränkte Sympathien stieß. In dieser Hinsicht lassen sich neuerdings auch Parallelen zum energiepolitischen Transformationsprozess in Deutschland erkennen, der seit jeher eine starke Verankerung in der föderalistischen Struktur des Landes hatte und insbesondere durch die Umverteilung von Finanzströmen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland noch weiter gestärkt wurde. Während Frankreich also erste Schritte hin zu einer Partizipation regionaler Akteure in der Energiepolitik beschreitet, erscheint die starke Rolle der Kommunen und Länder als spezifisches Merkmal der deutschen Energiewende. Letzteres entwickelte sich in den vergangenen Jahren zu einer Herausforderung für die Gestaltung des gesamtdeutschen Systems, das sich zunehmend mit Solidaritätsfragen hinsichtlich des Netzausbaus oder des Zubaus von Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien konfrontiert sieht. Auch die aktuelle Debatte in Deutschland über die zukünftige Rolle der Kohle im Stromerzeugungsmix findet in Frankreich aufgrund der marginalen Rolle dieses Energieträgers kaum Resonanz. Hier zeigt sich auch ein fundamentaler Unterschied mit Blick auf die klimapolitische Rolle des Stromsektors, der in Frankreich aufgrund des hohen Nuklearanteils für rund 19 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2014, in Deutschland hingegen für 301 Millionen Tonnen verantwortlich ist.<sup>7</sup>

Deutliche Unterschiede zwischen den Transformationsprozessen beider Länder kristallisieren sich auch bezüglich der Entscheidungsfindung und der Wahrnehmung der Dauerhaftigkeit derselben in den politischen

Systemen beider Länder heraus. Während die grundsätzlichen Beschlüsse zur deutschen Energiewende im Frühjahr 2011 in einem breiten Konsens aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie der Ministerpräsidenten der Länder gefällt wurden, bleibt die „transition énergétique“ weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzung in Frankreich. Bis heute besteht der Konsens über die Durchführung der Energiewende mit ihren zentralen Transformationsschritten, Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 und Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Lediglich mit Blick auf die Gestaltung politischer Instrumente und notwendiger Infrastrukturmaßnahmen gibt es grundsätzliche Kontroversen. In Frankreich hingegen könnte das Gesamtvorhaben im Falle eines Regierungswechsels Gegenstand einer erneuten Überprüfung sein. Bereits die Debatte im französischen Senat machte deutlich, dass insbesondere die erhebliche Reduzierung des Anteils der Kernenergie an der Stromversorgung und die Zielsetzungen im Bereich der Energieeffizienz in der vorgelegten Form unter den Parteien umstritten sind. Auch innerhalb der politischen Linken Frankreichs gibt es diesbezüglich unterschiedliche Sichtweisen, so dass von einem breiten „Energiewende-Konsens“, wie er in Deutschland vorliegt, nicht zu sprechen ist.

Eine zentrale Frage stellt sich auf beiden Seiten des Rheins auch hinsichtlich der Finanzierung der jeweiligen Transformationsstrategien. Bereits heute existieren erhebliche Finanzierungsverpflichtungen in beiden Ländern, die jedoch zwischen Endverbrauchern, Staatshaushalt und (Staats-)Unternehmen unterschiedlich aufgeteilt sind. In Frankreich fallen die regulierten Strompreise und die Modernisierungsnotwendigkeiten im Nuklearsektor ins Gewicht. In Deutschland hingegen werden die Verpflichtungen aus der Erneuerbare-Energien-Umlage auch in Zukunft erhebliche Transfers vonseiten der Stromverbraucher erforderlich machen. Größter Unsicherheitsfaktor ist in beiden Staaten jedoch die künftige Finanzierung der Energieeffizienzmaßnahmen, insbesondere im Gebäudebereich, sollten die politischen Zielsetzungen eingehalten werden. Auch die Finanzierung der Elektromobilität stellt sich als noch weitgehend offener Posten in beiden Haushalten dar. Deutschland hat mit der Finanzierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zwar ein Modell entwickelt. In Frankreich ist es noch im Entstehen begriffen. Dennoch wird auch Deutschland nicht ohne staatliche Zulagen auskommen. Was die Haushaltslage und die Einhaltung der Drei-Prozent-Neuverschuldungsregel gegenüber Brüssel betrifft, scheint auf deutscher Seite allerdings eine größere Flexibilität vorzuliegen.<sup>8</sup>

Schließlich kann eine vergleichende Betrachtung der Transformationspfade in Deutschland und Frankreich nicht ohne einen Blick auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Energiesektor auskommen, die ebenfalls von großen Unterschieden geprägt sind. Die Regierungen beider Länder teilen die Einschätzung, dass die Rahmenbedingungen in der Energiepolitik einen entscheidenden Faktor für die zukünftige Leistungsfähigkeit ihrer jeweiligen Volkswirtschaften darstellen. Die Notwendigkeit der Entwicklung innovativer Technologien und die Unterstützung der damit beschäftigten Unternehmen erscheinen als Konsens. Ein grundsätzlicher Unterschied besteht jedoch hinsichtlich der Rolle des Staates innerhalb dieses Prozesses. Während Frankreich Unternehmensanteile von mehr als 80 Prozent an Électricité de France (EdF), Areva und einer Reihe weiterer Konzerne in der Energiebranche hält, ist die direkte Beteiligung des Staates in Deutschland nur in wenigen Fällen ein Thema. Die Ambivalenz zwischen dem notwendigen Erhalt von Marktanteilen einerseits und der Reform des Sektors zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen andererseits stellt sich insofern als spezifisch französisches Problem dar. So bleibt etwa die Auflösung des Widerspruchs zwischen der Reduzierung des Anteils der Atomenergie ohne Neubauten und der gleichzeitig bedeutsamen Rolle der Nukleartechnologie für EdF und Areva im Export unaufgelöst. In Deutschland stellt sich hingegen vermehrt die Frage, wie weit die Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler ausgereizt werden kann, Subventionen für die Entwicklung von Technologien, deren Anwendung und die Transformation des Energiesystems zu zahlen. In einem mittlerweile stark von wettbewerblichen Strukturen geprägten deutschen Strommarkt wird Innovationsfähigkeit nicht in allen Fällen belohnt, sondern erfordert häufig staatliche Unterstützung. Die Notwendigkeit, diese, wie im Fall der Erneuerbare-Energien-Umlage, wieder zu begrenzen oder nachzujustieren, erwies sich für politische Akteure oftmals als Kampf gegen massive Widerstände. Auch die Unberechenbarkeit von wirtschaftlichen Entwicklungen, wie das Beispiel des Exodus der deutschen Solarindustrie zeigt, stellt sich als Herausforderung für eine Wirtschaftspolitik dar, die vor allem auf Rahmenbedingungen und gezielte Subventionen für einzelne Branchen und Technologien setzt.

In beiden Staaten ist die Bedeutung des Energiesektors gerade für den Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Als Bestandteil der „Agenda 2010“ wurde die „ökologische Modernisierung“ Teil eines Konjunktur- und Reformprogramms der frühen 2000er Jahre in Deutschland. Auch die „ökologische Industriepolitik“ der Großen Koalition ab 2005 setzte auf Wachstumsimpulse durch Strukturver-

änderungen. Auf ähnliche Weise bemüht sich die französische Regierung nun unter dem Begriff „croissance verte“ (dt. grünes Wachstum) eine vergleichbare Dynamik auszulösen. Damit wird die Perspektive auch auf andere Sektoren, etwa die Förderung von Elektromobilität in der Automobilproduktion oder die Förderung des Bauwesens im Kontext von Energieeffizienzmaßnahmen, adressiert.

Weitgehende Übereinstimmung beider Konzepte findet sich auch hinsichtlich ihrer europäischen und internationalen Einbettung. Im Verhandlungsprozess zum Rahmen der EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030 vertraten beide Regierungen vergleichbare Forderungen im Bereich einer ehrgeizigen Emissionsminderungsleistung der EU.<sup>9</sup> Dieses gemeinsame Auftreten war bereits im Verhandlungsprozess der Jahre 2007/08 mit Blick auf den Rahmen für 2020 erfolgreich gewesen.<sup>10</sup> Unterstützt wurde auch die Fortsetzung der Erneuerbare-Energien-Politik und der Energieeffizienzpolitik. Besondere innenpolitische Bedeutung für Frankreich hat die Ausrichtung der internationalen Klimakonferenz (COP 21) Ende 2015 in Paris. Die französische Regierung investiert umfangreiche Ressourcen in einen erfolgreichen Abschluss dieses Verhandlungsprozesses. Die Einleitung der „transition énergétique“ ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen und soll auf internationaler Bühne als Vorbild vermarktet werden.

Der kursorische Vergleich der nationalen Strategien zur Transformation des Energiesektors in Deutschland und Frankreich verdeutlicht, dass trotz einer Vielzahl von Übereinstimmungen mit Blick auf die strategische Ausrichtung doch auch weiterhin große Unterschiede in der politischen Herangehensweise und der öffentlichen Wahrnehmung staatlicher Funktionen in diesem Politikfeld bestehen. Insbesondere der Umgang mit der Atomenergie, aber auch die Funktion der Wirtschaftspolitik im Zusammenwirken mit dem Energiesektor sind von teils erheblichen Differenzen geprägt. Hinzu kommt die mittlerweile langjährige Erfahrung Deutschlands bei der Umstrukturierung der Energiewirtschaft, die in Frankreich erst noch bevorsteht. Vergleichbare Herausforderungen könnten sich in Zukunft beim deutschen Umgang mit der Kohle und dem französischen Umgang mit der Atomenergie ergeben, die beide eine industrie- und beschäftigungspolitisch wichtige Rolle in der jeweiligen Volkswirtschaft einnehmen. Diese Debatte würde sich in eine seit Jahren gewachsene Kooperation beider Staaten einfügen, deren inhaltliche und personelle Ausgestaltung zuletzt ebenfalls Transformationsprozessen ausgesetzt war.



## Deutsch-französische Energiekooperation: Auf der Suche nach gemeinsamen Projekten

Obwohl bereits zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft energiepolitische Projekte aus deutsch-französischen Kooperationen entstanden, entwickelten sich die Energieversorgungsstrukturen beider Staaten zunächst auf sehr unterschiedlichen Pfaden. Erst seit Kurzem lässt sich wieder eine zunehmende Konvergenz erkennen, die auch auf politischer Ebene in Konsultationen und gemeinsamen Erklärungen widerspiegelt wird. Deutschland und Frankreich bemühten sich in den vergangenen Jahren wiederholt, vorzeigbare Kooperationen anzustoßen und die beiden Länder als Avantgarde Europas zu positionieren. Gemeinsame Überlegungen und Beschlüsse zur Energiepolitik rückten immer wieder in den Fokus der regelmäßig stattfindenden Deutsch-Französischen Ministerräte, die anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrags im Jahre 2003 eingerichtet wurden. Diese Treffen ersetzen die bis dahin halbjährlich stattfindenden Regierungskonsultationen und bringen die Regierungschefs und Minister beider Länder an einen Tisch, um eine große Bandbreite sachpolitischer Themen zu erörtern. Die Deutsch-Französischen Ministerräte – insbesondere die Vor- und Nachbereitung der Treffen – werden einhellig von allen Beteiligten als wichtige Intensivierung der bilateralen Beziehungen bewertet und stellen eine sichtbare qualitative Veränderung dar. Bereits beim ersten Treffen dieser Art im Jahr 2003 stand neben der intensivierten bilateralen Abstimmung eine verstärkte Zusammenarbeit in der Energiepolitik im Mittelpunkt, um die Wettbewerbsfähigkeit der beiden Volkswirtschaften im europäischen Kontext zu stärken. Eine gemeinsame Entwicklung der Windenergienutzung sowie die Förderung alternativer Kraftstoffe und Antriebstechnologien waren Komponenten dieser ersten Beschlüsse.<sup>11</sup>

In den Jahren 2004 und 2005 wurde eine deutsch-französische Facharbeitsgruppe eingerichtet, die gemeinsame Analyseinstrumente für die Formulierung der langfristigen Energiepolitik (2030 und 2050) untersuchen sollte. Im Rahmen des Ministerrats 2006, als unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Jacques Chirac die Energiepolitik erneut Thema der gemeinsamen Erklärungen war, resultierte dies – der Logik des „Europe des projets“ (dt. Europa der Projekte) folgend – in der Einrichtung einer deutsch-französischen Koordinierungsstelle für Windenergie als erster institutionalisierter Form der deutsch-französischen Energiekooperation.

Während der Jahre 2007 und 2008, als Deutschland und Frankreich die Ratspräsidentschaft der EU innehatten, kam es zunächst zu Verstimmungen im deutsch-französischen Verhältnis. Präsident Sarkozys Vorschlag, eine Mittelmeerunion unter französischer Leitung und jenseits der bestehenden EU-Strukturen aufzubauen, führte zu Widerständen, besonders von deutscher Seite.<sup>12</sup> Der Energiebereich nahm im Rahmen dieser Initiative eine wichtige Rolle ein. Anlässlich des Europäischen Rates vom März 2008 gelang ein Durchbruch für die deutsch-französischen Beziehungen. Die Regierungen einigten sich auf einen Kompromiss, in dessen Mittelpunkt die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten an der Mittelmeerunion stand. Präsident Sarkozy stimmte darüber hinaus der Abänderung des ursprünglichen Titels „Mittelmeerunion“ in „Union für das Mittelmeer“ zu.<sup>13</sup> Erfolgreich gestaltete sich die deutsch-französische Zusammenarbeit mit Blick auf die Entwicklung einer ambitionierten Energie- und Klimapolitik auf EU-Ebene.

In den darauf folgenden Jahren wollte das inzwischen eingespielte Tandem Merkel-Sarkozy nicht mehr über symbolträchtige Prestigeprojekte nachdenken, sondern gemeinsam mit den zuständigen Ministern mit „konkreten und ambitionierten Vorhaben“ die Weichen für eine stärkere Zusammenarbeit stellen.<sup>14</sup> So wurde eine gemeinsame Agenda 2020 verabschiedet, die insgesamt achtzig Projekte benannte, die bis 2020 von den Fachressorts intensiv vorangetrieben werden sollen.<sup>15</sup> Neben der Koordinierungsstelle für Windenergie wurden etwa ein erstes grenzüberschreitendes Demonstrationsprojekt für Elektrofahrzeuge und die Schaffung von Forschungsinstituten für nachhaltige Entwicklung und Klimawandel in Paris und Potsdam beschlossen. Die gemeinsame Flankierung des Mittelmeersolarplans und des inzwischen entstandenen Desertec-Vorhabens sollte die in diesem Kontext nach wie vor vorhandenen deutsch-französischen Rivalitäten begraben.

Der fünfzigste Jahrestag des Élysée-Vertrags im Jahr 2013 stellte für die deutsch-französische Energiekooperation einen vorläufigen Höhepunkt dar. Anlässlich dieses Jubiläums fand ein gemeinsamer Ministerrat mit den Parlamentariern beider Länder in Berlin statt. Dieses herausragende Ereignis führte zu einem gewissen Handlungs- und Erfolgsdruck für beide Regierungen. Deutschland und Frankreich bekräftigten bei dieser Gelegenheit zwar ihre Eigenständigkeit bei der Wahl ihres Energiemixes, setzten sich aber gleichzeitig für eine verstärkte Zusammenarbeit in der Energiepolitik ein. Als Ziel wurde formuliert, Europa als einen Kontinent des „erfolgreichen Energiewandels“ zu etablieren.<sup>16</sup> Schwerpunkt sollte der

Bereich der erneuerbaren Energien sein. Maßgeblich geprägt wurde diese neue Dynamik durch das besondere Arbeitsverhältnis zwischen dem damaligen Bundesumweltminister, Peter Altmaier, und seiner französischen Amtskollegin, Delphine Batho. Zwar bestanden mit Blick auf die Rolle der Atomenergie weiterhin unterschiedliche Ansichten. Einigkeit herrschte jedoch grundsätzlich bei der wachsenden Bedeutung des Ausbaus von Wind-, Solar- und Wasserkraft sowie der Biomasse. Beide Verantwortliche setzten sich zum Ziel, den Transformationsprozess zum herausragenden Projekt und zum neuen Motor der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu machen.<sup>17</sup> Geleitet von der Überzeugung, dass die „transition énergétique“ die deutsch-französische Freundschaft auf eine ganz neue Basis stellen könnte, strebten Altmaier und Batho in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung konkreter Schritte zur Umsetzung des Programms an und reagierten so auf Vorwürfe, reine Symbolpolitik zu betreiben.

Die erste Deutsch-französische Energiekonferenz im Juli 2013 im Beisein von Peter Altmaier und Delphine Batho kann als weiterer Beleg für die engeren Beziehungen beider Staaten in der Energiepolitik angeführt werden. Gemeinsam mit Vertretern des öffentlichen und privaten Energiesektors Deutschlands und Frankreichs wurden Fragen im Kontext der Gestaltung des zukünftigen Energiesystems diskutiert. Ziel war es, mit dieser Konferenz Unternehmen stärker in das gemeinsame politische Vorhaben einzubeziehen. So unterzeichneten in Anwesenheit der Minister etwa die Deutsche Energie-Agentur (dena) und der Verband der französischen Stromwirtschaft „Union Française de l'Electricité“ (UFE) eine Vereinbarung zur Unterstützung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiewende.<sup>18</sup> Die Konferenz wurde jedoch von der Entlassung der bisherigen französischen Umweltministerin überschattet. Die ambitionierte Allianz Altmaier-Batho fand damit ein jähes Ende.

### Institutionalisierung der bilateralen Energiezusammenarbeit

In den Jahren 2013 und 2014 wurden eine Reihe von Institutionen und dauerhaften Kooperationsmodellen befördert, um den bilateralen Energiedialog anzukurbeln. Insbesondere das gemeinsame Büro für erneuerbare Energien und die Kooperation von dena und ADEME spielen seitdem eine wichtige Rolle in den deutsch-französischen Beziehungen.

In gemeinsamer Aktion von Altmaier und Batho wurde die „Koordinierungsstelle Erneuerbare Energien“<sup>19</sup> im

Jahr 2013 in ein „Deutsch-französisches Büro für erneuerbare Energien im Rahmen der Energiewende“ umgewandelt.<sup>20</sup> Diese Umwandlung sollte dem Verein eine größere thematische Bandbreite und mehr Sichtbarkeit verleihen.<sup>21</sup> Im Konkreten bedeutete dies, dass die zunächst mit zwei Stellen ausgestattete Struktur des Vereins nach und nach auf neun Mitarbeiter vergrößert wurde. Auch das französische Engagement wurde verstärkt, so dass die lang geplante Niederlassung im französischen Umwelt- und Energieministerium in Paris 2013 schließlich eröffnet werden konnte. Seitdem wird das Büro von den Erneuerbare-Energien-Verbänden beider Länder sowie zahlreichen Mitgliedern aus der Energiebranche unterstützt. Dadurch gelang es, eine wertvolle Austauschplattform zu schaffen, die den Wissenstransfer zwischen deutschen und französischen Akteuren erleichterte.

Der eigene Gestaltungsanspruch beschränkte sich jedoch nicht nur auf die bilateralen Beziehungen. So sollten Deutschland und Frankreich als Motor dieser neuen industriellen Revolution international Maßstäbe setzen. Altmaier beschloss deshalb, unterstützt durch seine französische Amtskollegin, einen Klub von Staaten zu gründen, die bei der Energiewende und beim Ausbau der erneuerbaren Energien als Avantgarde vorangehen. Dieser „Club der Energiewende-Staaten“ wurde dann bereits im Juni 2013 durch die Vertreter von zehn Staaten in Berlin gegründet.

Die im Rahmen der ersten deutsch-französischen Energiekonferenz entwickelte Kooperation zwischen der dena und der UFE richtete ihren Fokus nicht allein auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch auf die Steigerung der Energieeffizienz und die Entwicklung neuer Strommarktmodelle. Das Thema Versorgungssicherheit fand aufgrund der aktuellen politischen Debatte über die zukünftige Rolle konventioneller Ressourcen besondere Beachtung. Diese Debatte sollte durch ein möglichst auf politischer und industrieller Ebene gleichgerichtetes Vorgehen geführt werden. So vereinbarten auch die französische und deutsche Energiewirtschaft eine engere Zusammenarbeit mit dem Ziel, länderübergreifend einen Ansatz zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit zu koordinieren. In einem gemeinsamen Brief an die Energieminister Deutschlands und Frankreichs verkündeten der Präsident der UFE, Robert Durdilly, und die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Hildegard Müller, dass erste gemeinsame Handlungskonzepte der neuen EU-Kommission bei Amtsantritt vorgestellt werden sollten.<sup>22</sup> Gemeinsam mit der dena intensivierten sie Gespräche über das zukünftige Strommarktdesign.

In Folge des Beschlusses des Deutsch-Französischen Ministerrats vom 19. Februar 2014 zur Entwicklung einer gemeinsamen „Plattform“ um Partnerschaften im Bereich Energieeffizienz, Netze und erneuerbare Energien zu fördern, haben die Energieagenturen Deutschlands und Frankreichs ebenfalls ihre Kooperation vertieft. Die dena und ihr französisches Pendant ADEME sollen hier durch die Umsetzung von konkreten Projekten im Rahmen der Energieplattform eine Struktur für die Zusammenarbeit einrichten, um Vorhaben in den verschiedenen Themenbereichen umzusetzen.<sup>23</sup> Eine strategische Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteuren, wie etwa dem gemeinsamen Büro für Erneuerbare Energien, zur Nutzung von Synergien, gilt als ausschlaggebend. Es sollen im Rahmen der Plattform durch eine strukturierte und langfristig angelegte Zusammenarbeit der Agenturen mit den Zielgruppen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft konkrete Projekte angestoßen werden. Die Einrichtung einer solchen Plattform an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft soll verhindern, dass gemeinsame Vorschläge weiterhin in der Schublade landen und die Energieagenturen somit deren Umsetzung unter Bereitstellung ihrer Netzwerke und ihres technischen Know-hows unterstützen.<sup>24</sup>

In der Zwischenzeit wurde eine Liste gemeinsamer Vorschläge unter Beteiligung der Fachexperten von dena und ADEME erstellt, die teilweise noch 2015 in die Umsetzung gehen sollen. Die Bearbeitung verschiedener, aber nicht voneinander zu trennender Handlungsfelder dient dabei einer ganzheitlichen Betrachtung der Transformationsprozesse beider Länder. Der Deutsch-Französische Ministerrat vom 31. März 2015 hat dena und ADEME zudem dazu aufgerufen, gemeinsam mit dem Deutsch-französischen Büro für Erneuerbare Energien ein regionales Schaufensterprojekt zur Systemintegration etwa im Grenzgebiet zwischen Elsass und Baden-Württemberg zu konzipieren.<sup>25</sup>

### Deutsch-französische Energiebeziehungen im Zeichen von Energiewende und „transition énergétique“

Nach dem Ende der ambitionierten Allianz des ungleichen Paares Altmaier-Batho nahmen die deutsch-französischen Beziehungen im Januar 2014 wieder an Fahrt auf, ausgelöst durch einen Paukenschlag von Präsident Hollande. In seiner Regierungserklärung plädierte der französische Staatspräsident für eine deutsch-französische Kooperation zur Wiederbelebung Europas und kündigte an, dass beide Staaten gemeinsam an einem Großunter-

nehmen zur Umsetzung der Energiewende, ähnlich der Kooperation für den Airbus, arbeiten sollten.<sup>26</sup> Dieses große deutsch-französische Energiewende-Unternehmen sollte demnach ein starkes Bündnis zwischen beiden Ländern bilden. Hollande löste mit dieser Ankündigung bei Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit große Verwirrung aus. Vermutungen, dass eine geheime Absprache jenseits des Ministerrat-Rituals erfolgt war, wurden angesichts der offensichtlich ratlosen Reaktionen auch auf deutscher Seite laut. Journalisten, Ministerien und Unternehmen machten sich vergebens auf die Suche nach den Hintergründen. Denn ein abgestimmtes Konzept zu diesem „Airbus de l'énergie“ existierte (noch) nicht. Auch die Bundesregierung hatte sich in einer ersten Reaktion überrascht gezeigt. Hollande versuchte diese Verwirrung aufzulösen, indem er verlauten ließ, nicht an eine große Fusion zwischen Energiekonzernen, sondern vielmehr an Joint-Ventures und Allianzen, vor allem im Bereich erneuerbare Energie und Stromnetze, gedacht zu haben. Auf die Frage, ob nun konkrete Projekte oder lediglich weitere Absichtserklärungen zu erwarten wären, kündigte Frankreichs Europaminister Thierry Repentin an, dass im Rahmen des Deutsch-Französischen Ministerrats am 19. Februar 2014 bereits Vorschläge für ein deutsch-französisches Energie-Unternehmen nach dem Vorbild des Flugzeugbauers Airbus vorgestellt würden. Angesichts der öffentlichen Erwartungshaltung musste somit ein präsentabler Vorschlag erarbeitet werden. Ein staatlich dominiertes Großunternehmen im französischen Stil schien jedoch nicht die von der deutschen Seite präferierte Form industrieller Annäherung zu sein. Um sich auf keine konkrete Struktur festzulegen, bestätigte die Bundesregierung zunächst lediglich eine sehr viel engere Abstimmung auf politischer und unternehmerischer Ebene. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel kündigte daraufhin an, dass die nationalen Energieagenturen der beiden Länder ein gemeinsames Arbeitsprogramm entwickeln würden.<sup>27</sup>

Ein Erfolgsprojekt deutsch-französischer Energiekooperation ist somit im Sinne beider Seiten. Die sozialdemokratisch-sozialistische Partnerschaft zwischen Gabriel und Hollande hatte bereits vor ihren jeweiligen Amtsantritten als französischer Präsident und als deutscher Vizekanzler begonnen. Man hatte sich zum Ziel gesetzt, die Beziehungen beider Länder durch neue Wachstumsimpulse, insbesondere auch im Energiebereich, wiederzubeleben.<sup>28</sup> Eine gemeinsame, grenzüberschreitende Energiekooperation im Sinne eines europäischen Konjunkturpakets würde sich in diese Logik einfügen. Der Umbau des Energiesystems soll nun zu den Pilotprojekten

gehören, welche die beiden Nachbarländer auf der Suche nach geeigneten gemeinsamen Investitionsvorhaben vorantreiben wollen.<sup>29</sup> Erfolg im Rahmen dieses deutsch-französischen Prestigeprojekts wäre für den Präsidenten und den Vizekanzler von hoher innenpolitischer Bedeutung.

Die deutsch-französische Dynamik führte auch zu einer stärkeren Kooperation im Bereich der Governance, die angesichts der gemeinsamen Herausforderungen durch die europäische Einbettung der Energiewende und der „transition énergétique“ nahe liegt. Jedoch erscheinen konkrete Maßnahmen bislang überschaubar. Der deutsch-französischen Allianz wird implementierungsseitig ein Nachholbedarf attestiert. Der Eindruck, dass zwar viele Worte, aber wenig Taten produziert werden, hat sich verbreitet. Im Fazit sollen deswegen einige Themen benannt werden, die zukünftig Bedeutung in den deutsch-französischen Energiebeziehungen erlangen könnten und sollten.

### Fazit: Themen und Projekte für die deutsch-französischen Energiebeziehungen

Durch die inhaltliche Annäherung der nationalen Energiestrategien und die Intensivierung des Austauschs zwischen beiden Regierungen haben sich in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich verbessert.<sup>30</sup> Dennoch bleiben weiterhin erhebliche Unterschiede in der Herangehensweise an energiepolitische Herausforderungen, den Strukturen auf den Energiemärkten und den Transformationsanforderungen bestehen. Werden sie nicht berücksichtigt, führt dies bisweilen zu unerfüllbaren Erwartungen an die Problembearbeitungskapazität der bilateralen Kooperation beider Staaten. Die künftige Zusammenarbeit sollte sich daher auf eine Auswahl von Projekten beschränken, die einen Mehrwert für beide Seiten mit sich bringen und die europäische Energie- und Klimapolitik weiterzuentwickeln helfen.

#### 1. Grenznahe Kooperation und kommunale Pilotprojekte

Die Dezentralisierung der Transformationsprozesse und die Einbindung lokaler Akteure bilden einen wichtigen Bestandteil der politischen Legitimationsbasis von Energiewende und „transition énergétique“. Insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz in Gebäuden, Transformation der Mobilitätsstrukturen und Einbindung der Verbraucher auf der Verteilnetzebene sind die Umsetzung

von Maßnahmen und die Entwicklung neuer Konzepte von der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen abhängig. Auf beiden Seiten des Rheins steht diese Strukturveränderung noch am Beginn. Gegenseitiges Lernen auf kommunaler Ebene und Kooperationsmodelle in Grenzregionen könnten an dieser Stelle einen Mehrwert der deutsch-französischen Zusammenarbeit bilden. Der Vorschlag zu einer Kooperation zwischen den Regionen Elsass und Baden-Württemberg im Rahmen der energiepolitischen Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats vom 31. März 2015 folgt diesem Gedanken.<sup>31</sup> Die Identifizierung weiterer Projekte auf der Basis etablierter Städtepartnerschaften könnte diese regionale Kooperation über grenznahe Regionen hinweg ausbauen.

#### 2. Gestaltung des energiewirtschaftlichen Strukturwandels

In Deutschland wie in Frankreich stehen in den kommenden Jahrzehnten massive Strukturveränderungen in der Energiewirtschaft bevor, sollten die energiepolitischen Zielsetzungen eingehalten werden. Während in Frankreich in erster Linie nukleare Stromerzeugungskapazitäten reduziert werden, steht in Deutschland die zukünftige Rolle der Kohle zur Disposition. Diese Veränderungen auf den Energiemärkten werden vorrangig durch den Zubau von Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien kompensiert. Auch wenn sich die Strukturveränderungen im Detail unterscheiden, teilen beide Staaten die Herausforderung, einen Wandel zu gestalten, der Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse und den Arbeitsmarkt hat. Gemeinsam mit den Sozialpartnern könnte eine Dialogplattform über Strukturwandel dabei helfen, gemeinsame Ansätze und zukunftsweisende Modelle zu entwickeln, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

#### 3. Implikationen eines zusammenwachsenden Strommarktes

Die zunehmende Kopplung der beiden Strommärkte hat in den vergangenen Jahren neue Interdependenzen, aber auch wichtige Flexibilitätsoptionen für beide Staaten entstehen lassen. Gerade letztere Funktion dürfte sich im Zuge des energiepolitischen Transformationsprozesses auf beiden Seiten des Rheins als wichtig erweisen. In Rahmen des Deutsch-Französischen Ministerrates wurde diesbezüglich eine Reihe von No-Regret-Maßnahmen beschlossen, die eine einheitliche Methodik für den Stromhandel und einen Abbau der Hürden durch die Regierungen vorsieht.<sup>32</sup> In einem nächsten Schritt sollten drei weitere Themen in Angriff genommen werden. Dies

betrifft zum einen die zunehmende Koordinierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit im Stromsektor, die durch erste Kontakte zwischen Bundesnetzagentur und „Commission de régulation de l'énergie“ (CRE) eingeleitet wurde. Während die französische Regierung 2015 die Einführung eines dezentralen Kapazitätsmarktes beschlossen hat, will die deutsche Bundesregierung vorläufig an einer Kraftwerksreserve festhalten. Entsprechend ist derzeit von der Entwicklung von Parallelstrukturen auszugehen. Mittel- bis langfristig sollte ein gemeinschaftliches System innerhalb des EU-Kontextes erarbeitet werden, um in diesem Bereich eine Minimierung unnötiger Beihilfen zu erreichen. Gleiches gilt für die Förderung erneuerbarer Energien. In einem zunehmend integrierten Markt wirkt der Erhalt und Schutz nationaler Fördersysteme wie ein Anachronismus. Eine vorsichtige Angleichung mit dem Ziel einer langfristigen Harmonisierung sollte angestrebt werden, um auch in diesem Bereich eine Kostenoptimierung und gegenseitige Unterstützung des Energiewandels zu gewährleisten. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Übertragungsnetzbetreiber beider Länder und deren zunehmende Institutionalisierung könnten als drittes konkretes Vorhaben einen Mehrwert bieten.

#### 4. Koordinierung in europapolitischen Fragen

In internationalen Fragen und bei der Gestaltung der EU-Energie- und Klimapolitik ist die Verständigung zwischen deutschen und französischen Regierungen seit der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 immer enger geworden. Mit Blick auf die Ausgestaltung des Rahmens für den Zeitraum bis 2030 konnte eine hohe Übereinstimmung beider Staaten festgestellt werden. Auch die Unterstützung der französischen Gastgeberrolle für die 21. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im November/Dezember 2015 durch die Bundesregierung wird immer wieder betont und durch die deutsche G7-Präsidentschaft flankiert. Aufgrund der engen Abstimmung in diesen Fragen sollten beide Regierungen eine

langfristige Vision für die zunehmend von Erosionsprozessen betroffene EU-Energie- und Klimapolitik erarbeiten. Hier könnte der häufig beschworene deutsch-französische Integrationsmotor tatsächlich Wirkung entfalten.

Die energiepolitische Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs hat trotz der weiterhin bestehenden Unterschiede in den energiewirtschaftlichen Strukturen beider Länder im Verlauf der vergangenen Monate und Jahre deutliche Fortschritte gemacht. Die institutionelle Verankerung durch das Deutsch-französische Büro für erneuerbare Energien und die Kooperationsvereinbarung zwischen dena und ADEME zur Entwicklung einer deutsch-französischen Energieplattform sind sichtbare Ergebnisse dieses Prozesses. Aufgrund der strategischen Annäherung in energiepolitischen Fragen ist in den kommenden Jahren eine noch engere Abstimmung denkbar. Dabei wird es wichtig sein, diese neue Phase der Zusammenarbeit auch in praktische Maßnahmen zu überführen und gemeinsame Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung der europäischen Energiepolitik zu entwickeln. Hier stellt sich die zentrale Herausforderung für die Zukunft der deutsch-französischen Energiekooperation dar.

Gleichzeitig gilt es neben politisch ambitionierten Vorhaben mit Strahlkraft und Symbolwirkung auch realistische Ansätze zu identifizieren. Eine erfolgreiche Umsetzung der jeweiligen Transformationspfade ist für beide Länder von so hoher Bedeutung, dass eine solide deutsch-französische Zusammenarbeit und ein umsetzungsorientierter Ansatz gefragt sind. Mehrere kleine Projekte an Stelle eines symbolträchtigen Megaprojekts im Stile des „Airbus de l'énergie“ könnten die Zusammenarbeit deutlich befördern.

---

**Franca Diechtl** ist Projektleiterin Kommunikation bei der Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena).

**Dr. Severin Fischer** ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe EU/Europa in der Stiftung Wissenschaft und Politik.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Severin Fischer, Frankreichs energiepolitische Reformagenda. Grüne Wachstumsimpulse und strategische Ambivalenzen, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 2014/A 61, Berlin 2014, <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A61\\_fis.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A61_fis.pdf)> (abgerufen am 6.5.2015).
- 2 Vgl. Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011.
- 3 Die „Grenelle de l'environnement“-Gesetze wurden in zwei Paketen in den Jahren 2007 und 2008 unter Umweltminister Jean-Louis Borloo eingebracht. Inhaltliche Schwerpunkte waren nachhaltige Entwicklung, Biodiversität, die Minderung Treibhausgasemissionen und Energieeffizienzmaßnahmen.
- 4 In Klammern: Schätzwerte der absoluten Minderung jährlicher nuklearer Stromerzeugung bei gleichbleibend hoher Stromerzeugung.
- 5 Vgl. David Buchan, The French Disconnection: Reducing the nuclear share in France's energy mix, Oxford Institute for Energy Studies, OIES Paper: SP 32, Oxford 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2014/01/SP-32.pdf>> (abgerufen am 6.5.2015).
- 6 Vgl. Andreas Rüdinger, Die Energiewende in Frankreich. Aufbruch zu einem neuen Energiemodell?, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/10960.pdf>> (abgerufen am 6.5.2015).
- 7 Angaben beziehen sich auf Daten des französischen Übertragungsnetzbetreibers RTE und der Agora Energiewende bzw. des Umweltbundesamtes (UBA).
- 8 Vgl. Pawel Tokarski, Economic Reforms in France. Bleak Macroeconomic Data is shaking politics in Paris and cementing France's traditional approach towards the Economic and Monetary Union, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comments 2014/C 39, Berlin 2014 <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C39\\_tks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C39_tks.pdf)> (abgerufen am 6.5.2015).
- 9 Vgl. Severin Fischer, Der neue EU-Rahmen für die Energie- und Klimapolitik bis 2030. Handlungsoptionen für die deutsche Energiewende-Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 2014/A 73, Berlin 2014, <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A73\\_fis.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A73_fis.pdf)> (abgerufen am 6.5.2015).
- 10 Vgl. Severin Fischer, Die Neugestaltung der EU-Klimapolitik: Systemreform mit Vorbildcharakter?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2009, S. 108-126, <[http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/09\\_a\\_fischer\\_d.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/09_a_fischer_d.pdf)> (abgerufen am 6.5.2015).
- 11 Vgl. Deutsch-Französischer Ministerrat, Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages, Paris, 22.1.2003, <<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Gemeinsame-Erklärung-zum-40,366.html>> (abgerufen am 5.5.2015); Gemeinsame Erklärung des 2. Deutsch-Französischen Ministerrates, Berlin, 18.9.2003, <<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Deutschland-und-Frankreich,365.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 12 Vgl. Daniela Schwarzer, Deutschland und Frankreich: Nie so nah, und doch so fern?, Fondation Robert Schumann, Paris 2008, <[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Schwarzer\\_Frankreich\\_Deutschland\\_KS\\_Dezember2008.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Schwarzer_Frankreich_Deutschland_KS_Dezember2008.pdf)> (abgerufen am 6.5.2015).
- 13 Vgl. Euractiv.com (2008): Mittelmeerunion: Deutschland und Frankreich einigen sich, 5.3.2008, online: <<http://www.euractiv.de/erweiterung/mittelmeerunion-deutschland-und-news-253163>> (abgerufen am 6.5.2015).
- 14 Vgl. Michaela Wiegel, Agenda 2020 frei von handwerklichen Fehlern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.2010, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/deutsch-franzoesischer-ministerrat-agenda-2020-frei-von-handwerklichen-fehlern-1937137.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 15 Vgl. Deutsch-Französische Agenda 2020, <<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/IMG/pdf/DeutschFranzoesischeAgenda.pdf>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 16 Vgl. Deutsch-Französischer Ministerrat, Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée Vertrags, Berlin, 22.01.2013, in: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nummer 22/13 vom 22.1.2013, <[http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/IMG/pdf/130123\\_DFMR-Erklärung\\_FINAL.pdf](http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/IMG/pdf/130123_DFMR-Erklärung_FINAL.pdf)> (abgerufen am 5.5.2015).
- 17 Vgl. Peter Altmaier, Delphine Batho, Mit vereinter Energie, in: Der Tagesspiegel, 14.5.2013, <<http://www.tagesspiegel.de/meinung/positionen-mit-vereinter-energie/8199318.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 18 Vgl. Pressemitteilung der dena, 2.7.2013, <<http://www.dena.de/presse-medien/pressemitteilungen/dena-startet-kooperation-mit-frankreich.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 19 Auf Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des „Ministère délégué à l'Industrie“ (MDI) zunächst als „Koordinierungsstelle Windenergie“ ins Leben gerufen, wurde sie durch den 12. Deutsch-Französischen Ministerrat im Jahr 2010 umbenannt in „Koordinierungsstelle Erneuerbare Energien“ und ihr Tätigkeitsfeld auf den Bereich der Photovoltaik erweitert.
- 20 Vgl. Gemeinsame Erklärung zwischen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Ministerin für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie der Französischen Republik über die Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien und die Schaffung eines Deutsch-französischen Büros für Erneuerbare Energien im Rahmen der Energiewende, 7.2.2013, <[http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/2013-02-07\\_Decl-\\_P-\\_ALTMAYER-D-\\_BATHO\\_-allemand-.pdf](http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/2013-02-07_Decl-_P-_ALTMAYER-D-_BATHO_-allemand-.pdf)> (abgerufen am 5.5.2015).
- 21 Vgl. Nachrichten des Deutsch-französischen Büros für erneuerbare Energien, 8.2.2013, <<https://enr-ee.com/de/news/news-storage/nachrichten/artikel/150/delphine-batho-und-peter-altmaier-wandeln-die-koordinierungsstelle-in-ein-deutsch-franzoesisches-bue/>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 22 Vgl. Pressemitteilung des BDEW, 19.2.2014, <<https://www.bdew.de/internet.nsf/id/20140219-pi-franzoesische-und-deutsche-energiewirtschaft-sagen-energieministern-beider-laender-unter>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 23 Vgl. Deutsch-Französischer Ministerrat, Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Französischen Ministerrat am 19. Februar 2014, Paris, in: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nummer 39/14 vom 19.2.2014, <[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2014/02/2014-02-19-dt-fr-erklaerung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2014/02/2014-02-19-dt-fr-erklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1)> (abgerufen am 5.5.2015).
- 24 Vgl. Stefan Bössner, Strengthening the European Electricity Market through improved Franco-German Cooperation, in: Notre Europe: Jacques Delors Institute Paris, Policy Paper 127, 16.3.2015, <<http://www.institutdelors.eu/media/franco-germanenergycooperation-boessner-jdi-mar15.pdf?pdf=ok>> (abgerufen am 6.5.2015).
- 25 Vgl. Deutsch-Französischer Ministerrat, Gemeinsame Energieerklärung, Berlin, 31.3.2015, <[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2015/03/2015-03-31-energie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/03/2015-03-31-energie.pdf?__blob=publicationFile&v=5)> (abgerufen am 5.5.2015).
- 26 Vgl. Eröffnung der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten im Élysée-Palast Paris, 14.1.2014, <<http://www.elysee.fr/declarations/article/ouverture-de-la-conference-de-presse-du-president-de-la-republique-au-palais-de-l-elysee-14-janvier-2014/>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 27 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Energiepolitik vereinbart, 27.1.2014, <<http://bmwi.de/DE/Themen/energie,did=622888.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 28 Vgl. Sylvain Bourmeau, Marc Sémo, Nils Minkmar, Ziemlich beste Freunde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2012, <<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/im-gespraech-gabriel-und-hollande-ziemlich-beste-freunde-11697119.html>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 29 Vgl. Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsministerrat, Gemeinsames Papier zur Stärkung von Investitionen, Berlin, 2.12.2014, <<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gemeinsames-papier-investitionen-staerken-europa-voranbringen,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>> (abgerufen am 5.5.2015).
- 30 Vgl. Stefan Bössner, Strengthening the European Electricity Market, a.aO. (Anm. 24).
- 31 Vgl. Deutsch-Französischer Ministerrat, Gemeinsame Energieerklärung, a.aO. (Anm. 25), S. 7.
- 32 Vgl. ebd., S. 5.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).  
*This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](#).*



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik  
German Council on  
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin  
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16  
[info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) · [www.dgap.org](http://www.dgap.org)

**Herausgeber**

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 1611-7034

**Redaktion** Sara Jakob, Sabine Wolf

**Layout / Satz** Andreas Alvarez

**Designkonzept** Carolyn Steinbeck · Gestaltung

© DGAP 2015



Deutsche  
Gesellschaft für  
Auswärtige  
Politik